

Es gilt das gesprochene Wort – Sperrfrist: Redebeginn

Manfred Kremer

Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung

Eingangsreferat

„Berufsbildung in der Wissensgesellschaft“

anlässlich des

9. Christiani Ausbilderinnen- und Ausbildertages:

„Duale Berufsausbildung - Qualifikation der Zukunft?“

am 25. September 2008

in Konstanz

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft sowie die fortschreitende Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen führt tendenziell zu breiteren und höheren Anforderungen an die beruflichen und allgemeinen Kompetenzen der Beschäftigten. Dies gilt für die meisten Arbeitsplätze und für alle Qualifikationsebenen.

Gleichzeitig werden in den nächsten Jahrzehnten Zahl und Anteil jüngerer Menschen beständig sinken und der Anteil älterer entsprechend wachsen. Kurzum: Deutschland schrumpft und altert.

Diese demografische Entwicklung ist unumkehrbar. Sie lässt sich auch durch vermehrte Zuwanderung und höhere Geburtenraten, die nicht in Sicht sind, allenfalls abmildern, aber nicht entscheidend verändern.

Mehr Bildung und Höherqualifizierung tut Not!

Die aus den wirtschaftsstrukturellen, technologischen und arbeitsorganisatorischen Entwicklungen resultierende Notwendigkeit, möglichst viele Menschen möglichst hoch und breit zu qualifizieren und in das Erwerbsleben zu integrieren, wird dadurch noch dringlicher.

Die Rückwirkungen auf die inhaltliche Gestaltung und die Organisation unseres Bildungswesens, insbesondere auch für das notwendige Zusammenwirken beruflicher Aus- und Weiterbildung und der Hochschulen zur Sicherung eines hohen Anteils hochqualifizierter Fachkräfte, sind erheblich.

Ausbildung für alle, Nachqualifizierung gering Qualifizierter, höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und von älteren Menschen, längere

Lebensarbeitszeiten, Integration und Qualifizierung von Zuwanderern, Förderung interkultureller Kompetenzen, Anerkennung informell erworbener Kompetenzen, kontinuierliches Weiterlernen während des ganzen Berufslebens, deutliche Steigerung des Anteils der Hochqualifizierten, Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit der Bildungswege sind Stichworte aus Berufsbildungssicht.

Dabei geht es nicht nur um wirtschaftliche Notwendigkeiten, nicht nur um die nachhaltige Integration junger und älterer Menschen in das Arbeitsleben, nicht nur um dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit der Menschen und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Standort.

Es geht im gleichen Maße auch um Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur gesellschaftlichen Integration durch Bildung, insbesondere auch durch berufliche Bildung und berufliche Kompetenzentwicklung in einem umfassend verstandenen Sinne.

Die Beteiligung an hochwertiger Aus- und Weiterbildung muss zunehmen!

Deshalb ist es fatal, dass die Bildungsexpansion der 70er- und 80er-Jahre zu Beginn der 90er-Jahre ins Stocken geriet. Im internationalen Vergleich stehen wir mit einer eher wachsenden Bildungsarmut beschämend schlecht da.

20 bis 25 Prozent der fünfzehnjährigen Jugendlichen erreichen wichtige Basiskompetenzen nur auf zu niedrigem Niveau.

Der Anteil der Schulabgänger und Schulabgängerinnen ohne Abschluss liegt stabil bei rund 8 Prozent. Bei den jungen Ausländern sind es erschreckende 17,5 Prozent.

Der Anteil der jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss ist eher höher als in den 90er-Jahren. Er stagniert seit einiger Zeit hartnäckig bei 15 Prozent, unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei dramatischen 40 Prozent.

Inzwischen gehört Deutschland zu den wenigen OECD-Ländern, in denen – gemessen an den erreichten Bildungsabschlüssen - die Jüngeren nicht mehr besser, sondern eher schlechter qualifiziert sind als die Älteren.

Mit einem mehr oder weniger stagnierenden Anteil der Hochschulabsolventen und -absolventinnen an der gleichaltrigen Bevölkerung von gut 20 Prozent nimmt Deutschland in der OECD einen der hinteren Plätze ein. Wird berücksichtigt, dass weitere 10 Prozent hochwertige Abschlüsse der beruflichen Weiterbildung erreichen, rücken wir etwas vor, bleiben aber gleichwohl im unteren Drittel stecken.

Die Weiterbildungsbeteiligung der Beschäftigten bleibt deutlich hinter den Erfordernissen zurück. Je nach Definition, Betrachtungsweise und statistischer Grundlage liegt sie zwischen 12 Prozent und gut 40 Prozent, aber im europäischen Vergleich fast immer im unteren Bereich.

Das Schwerwiegendste ist aber, dass Deutschland nahezu jede Dynamik bei der Entwicklung der Bildungsbeteiligung vermissen lässt. In nahezu allen anderen OECD-Ländern steigen die Beteiligungsquoten an hochwertiger Aus- und Weiterbildung von unterschiedlichen Ausgangsniveaus aus seit Jahren kontinuierlich an.

Bildungschancen und familiäre Herkunft müssen entkoppelt werden!

Geradezu erschreckend ist zudem, dass die Zugehörigkeit zu den Risikogruppen des Bildungswesens mehr als von allen anderen

Merkmale von der familiären Herkunft bestimmt wird. In keinem anderen Land der Welt sind die Bildungschancen von Kindern aus so genannten bildungsfernen Schichten und aus Familien mit Migrationshintergrund so systematisch und stark beeinträchtigt wie in Deutschland.

Eine nachhaltige Änderung dieses Zustandes kann nur durch eine umfassende Reform des Schulwesens erreicht werden. Die strategischen Ziele dieser Reform müssen die Einhaltung und Qualitätssicherung verbindlicher Standards einerseits und die Durchsetzung des Prinzips der Entwicklung aller Potenziale durch konsequente individuelle Förderung andererseits sein.

Ob dies in den hergebrachten Strukturen und Rahmenbedingungen unseres Schulwesens gelingen kann, ist allerdings eher fraglich.

Neuere Untersuchungsergebnisse machen Hoffnung auf Licht am Ende des Tunnels. Insgesamt scheint es bei der Vermittlung der Basiskompetenzen Fortschritte zu geben. Allerdings belegen auch diese Ergebnisse erneut und unverändert die gravierende soziale Ungleichheit der Bildungschancen in Deutschland.

Frühe Förderung ist die Basis nachhaltiger Bildungserfolge!

Benachteiligungen, Chancenungleichheiten oder mangelnde Integration beginnen weit vor dem Übergang von der Schule in die Berufsausbildung.

Die Bedeutung qualitativ hochwertiger früher Förderung und Bildung für die nachfolgenden Bildungsphasen bis hin zur Weiterbildungsfähigkeit und -bereitschaft im fortgeschrittenen Alter ist längst erkannt und gut nachgewiesen. Der volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Schaden versäumter früher Förderung ist besonders hoch.

In der politischen Debatte muss deshalb die bildungs- und integrationspolitische Dimension früher Bildungsförderung in den Mittelpunkt gerückt werden.

Wir brauchen vor allem qualitativ hochwertige frühe Bildung, wenn wir den unhaltbaren Zustand beenden wollen, dass Kinder aus so genannten bildungsfernen Schichten bei uns erheblich geringere Bildungschancen haben als anderswo in der Welt.

Auch eine nachhaltige Verbesserung der Berufsbildungschancen dieser jungen Menschen beginnt mit erfolgreicherer Förderung im Kindergarten und in der Schule. Ohne diese kann sie nur eingeschränkt gelingen.

Allgemeine und berufliche Bildung müssen mehr kooperieren!

Mindestens in der Schule können und müssen die Berufsbildungsakteure dazu wesentliche Beiträge leisten.

Bei der Kooperation von Schulen und Betrieben zur Verbesserung von Berufsorientierung, Ausbildungsreife und Ausbildungsvorbereitung hat es in letzter Zeit durchaus Fortschritte gegeben. Eine flächendeckende und vorbehaltlose Kooperation aller Verantwortlichen und Beteiligten ist allerdings noch nicht in Sicht. Wirklich nachhaltige Strukturen, in denen die Ressourcen zur Berufsorientierung und Berufsausbildungsvorbereitung vor Ort in einem koordinierten regionalen „Übergangsmanagement von der Schule in die Ausbildung“ und zur „Förderung aus einem Guss“ gebündelt werden, gibt es bisher nicht: weder für Jugendliche mit Migrationshintergrund noch für andere Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf.

Dazu wäre eine wesentlich intensivere und systematischere Zusammenarbeit von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, Berufsbildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen, Betrieben, Kammern,

Arbeitsagenturen und Kommunen über Zuständigkeitsgrenzen hinweg notwendig. Die Bereitschaft, die dazu erforderlichen kompetenz- und förderrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, hält sich bei Bund und Ländern in Grenzen.

Es gibt inzwischen auch Dank der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten und vom BIBB durchgeführten Förder- und Entwicklungsprogramme viele gute Beispiele, aber keine Umsetzung in die Breite.

In den Leitlinien des Innovationskreises berufliche Bildung spielen deshalb die Entwicklung eines „regionalen Übergangsmanagements“ neben der Verbesserung der Ausbildungsreife und der Ausbildungsvorbereitung zu Recht eine wichtige Rolle. Das BMBF hat neue Förderprogramme zur Mitwirkung von Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) bei der Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern der allgemeinbildenden Schulen und zum regionalen Übergangsmanagement auf den Weg gebracht.

Berufliche Bildung behält auch in der Wissensgesellschaft ihren hohen Stellenwert!

Fehlende Ausbildungsreife und mangelhaftes „Übergangsmanagement“ sind eine Seite der Medaille. Die andere – und für die hohe Zahl erfolgloser Ausbildungsplatzbewerber in den vergangenen Jahren wohl bedeutsamere – war das für die hohe Nachfrage deutlich zu niedrige betriebliche Ausbildungsplatzangebot.

Manche ziehen daraus die Schlussfolgerung, das betrieblich getragene duale Berufsausbildungssystem könne zukünftigen Anforderungen nicht mehr genügen, weil es mit seiner gewerblich-technischen

Ausbildungstradition den Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft und zu wissensintensiver Arbeit nicht ausreichend nachvollziehen könne.

Angesichts des steigenden Anteils wissensgesteuerter Arbeit würde zudem das theoretisch-systematische Wissen zum entscheidenden Entwicklungsfaktor sowohl in der sozioökonomischen als auch in der individuellen beruflichen Entwicklung.

Die dazu erforderlichen „neuen Schlüsselqualifikationen“ könnten in einer praxis- und erfahrungsorientierten Ausbildung nicht hinreichend vermittelt werden. Im Ergebnis verliere die betriebliche Aus- und Weiterbildung als Rekrutierungsmuster für qualifizierte Fachkräfte gegenüber den wissensorientierten Ausbildungsformen, insbesondere der Hochschulen, zwangsläufig an Bedeutung.

Dagegen steht die These, dass gerade in einer wissensbasierten Ökonomie Erfahrungswissen unabdingbar notwendig ist, um systematisch erworbenes Wissen in realen Situationen anwenden zu können beziehungsweise, um berufliche Handlungsfähigkeit zu erwerben.

Die duale Berufsausbildung hat den Strukturwandel zur Wissensgesellschaft vollzogen!

Betrachtet man die Entwicklung der betrieblichen Ausbildung in den letzten 20 Jahren, so lässt sich festhalten, dass seit dem Ende der 80er-Jahre infolge des Beschäftigungsrückgangs im verarbeitenden Gewerbe – aber auch aus demografischen Gründen – die Auszubildendenzahlen dort deutlich und überproportional zurückgingen.

Dem stand kein der wachsenden Beschäftigung im Dienstleistungsbereich entsprechender Zuwachs an Ausbildung

gegenüber. Vielmehr war auch im Dienstleistungsbereich ein moderater Rückgang der Ausbildungsplätze zu beobachten.

Ähnliches gilt für die Zahl der Ausbildungsbetriebe und die betriebliche Ausbildungsbeteiligung generell.

Bereits Anfang der 90er-Jahre war dieser Prozess allerdings zum Stillstand gekommen.

Für das Ende der 90er-Jahre bis heute lässt sich feststellen, dass weitere Rückgänge der Ausbildung im verarbeitenden Gewerbe deutlich unter dem dortigen Beschäftigungsrückgang liegen. Im Dienstleistungsbereich gibt es dagegen einen Zuwachs an Auszubildenden, der das Beschäftigungswachstum übersteigt.

Im Ergebnis blieben die Ausbildungsquoten (Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten) und die betriebliche Ausbildungsbeteiligung seit Mitte der 90er-Jahre stabil und stiegen zuletzt sogar leicht an.

Daraus lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass die betriebliche Berufsausbildung den wirtschaftlichen Strukturwandel nachvollzogen hat. Die unbestreitbaren quantitativen Probleme am Ausbildungsstellenmarkt sind vor allem konjunkturell und demografisch bedingt, wie auch der aktuelle Anstieg des Ausbildungsangebotes bei verbesserter Konjunktur zeigt.

Auch eine Betrachtung des berufsstrukturellen Wandels im dualen System macht deutlich, dass die These, die betriebliche Berufsausbildung bleibe dem Produktionsbereich verhaftet, nicht haltbar ist.

In den letzten Jahren ist eine Vielzahl von Ausbildungsberufen im primären und sekundären Dienstleistungsbereich modernisiert oder neu entwickelt worden. Im Ergebnis werden mittlerweile über 60 Prozent der neuen Ausbildungsverträge in Dienstleistungsberufen abgeschlossen. Es

spricht alles dafür, dass diese Entwicklung sich fortsetzt und die noch vorhandene Überrepräsentation der Ausbildung im verarbeitenden Gewerbe bereits mittelfristig überwunden wird.

Wir können also vorläufig festhalten, dass es bisher keine empirischen Belege dafür gibt, aus dem Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft einen Bedeutungsverlust praxis- und erfahrungsorientierter Berufsbildung abzuleiten.

Schwimmen lernt man im Wasser: Lernen im Arbeitsprozess bleibt ein Zukunftsmodell!

Ebenso wenig lässt sich die These von der prinzipiellen Schwäche erfahrungsorientierter Lernformen bei der Vermittlung beruflicher Kompetenz für stark wissensbasierte Arbeitsprozesse empirisch belegen.

Im BIBB halten wir es vielmehr für notwendig, für die Berufsbildung der Zukunft ein Kompetenzverständnis zu entwickeln, das Erfahrungswissen und theoretisch-systematisches Wissen als komplementär sieht.

Berufliche Handlungskompetenz ist mehr als die Anwendung von systematisch erworbenem Wissen. Sie kann sich nur entwickeln, wenn systematisch erworbenes Wissen durch Erfahrungswissen ergänzt wird, das nur in realen beruflichen Handlungssituationen erworben werden kann. Schwimmen lernt man im Wasser! Berufliche Handlungskompetenz erwirbt man durch berufliches Handeln in realen Arbeitsprozessen!

Eine Reihe von empirischen Entwicklungen weisen in diese Richtung.

Die breitflächige Einrichtung der Bachelor-Studiengänge mit ihren vergleichsweise hohen Praxisanteilen sowie die hohe Attraktivität von Berufsakademien und dualen Studiengängen für Auszubildende und

Betriebe zeigen, dass dem erfahrungsgestütztem Lernen ein eher noch zunehmender Stellenwert eingeräumt wird.

Ähnliches gilt im internationalen und insbesondere europäischen Raum. Sehr viele Länder bemühen sich nachhaltig darum, ihre schulbasierten Berufsbildungsgänge durch gleichwertige betrieblich-duale Angebote der Berufsbildung zu ergänzen.

Insgesamt sprechen diese Entwicklungen für eine weiter anhaltende Ausweitung hochwertiger und flexibler Kombinationen von schulischen oder hochschulischen Bildungsgängen mit betrieblicher Ausbildung, also letztlich für die Ausweitung des dualen Prinzips auf andere Bildungsbereiche.

Breite Höherqualifizierung erfordert den Ausbau hochwertiger beruflicher Bildungsgänge!

Um die notwendige Höherqualifizierung der Menschen in der Breite zu bewerkstelligen, können wir uns in Deutschland auf ein im Kern bewährtes und funktionsfähiges System der beruflichen Aus- und Weiterbildung stützen.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung befasst sich seit längerem mit der Vergleichbarkeit oder Gleichwertigkeit von beruflicher Bildung und Studium. Im Auftrag des BMBF hat das BIBB ein Entwicklungsprogramm zur „Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge“ durchgeführt.

Nicht nur das IT-Weiterbildungssystem, sondern auch viele anspruchsvolle Fortbildungsabschlüsse im kaufmännischen und gewerblich-technischen Bereich halten dem Vergleich mit Studienabschlüssen stand. Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, die diese praxisorientierten, auf Berufserfahrung gründenden Wege gehen,

in den Betrieben anspruchsvolle Fach- und Führungsaufgaben ebenso erfolgreich wahrnehmen können wie Hochschulabsolventen und -absolventinnen.

Ohne Zweifel: Es werden mehr Hochschulabsolventen und -absolventinnen gebraucht. Es geht allerdings in Deutschland nicht nur darum, mehr junge Menschen an die Hochschulen zu bringen. Denn die OECD-Vergleiche unterschlagen, dass vieles, was andernorts von Hochschulen geleistet wird, in Deutschland eine Domäne der beruflichen Bildung ist.

Diese unbestrittene Stärke der deutschen Berufsbildung sollte deshalb entschlossener genutzt werden, um mehr Menschen auf höchstem Niveau zu qualifizieren.

Es sollte deshalb mehr anspruchsvolle Berufsausbildungen und Zusatzqualifizierungen für leistungsstarke junge Leute geben. Berufliche Weiterbildungswege sollten noch mehr als bisher zu beschäftigungsbegleitenden Wegen für berufliche Qualifizierung auf sehr hohem Niveau ausgebaut werden. Vieles spricht dafür, in der Berufsbildung eigenständige „Königswege“ bis zu höchsten Qualifikationen zu entwickeln.

Solche „Königswege“ zu Höchstqualifikationen im Berufsbildungssystem wären effizient, flexibel und bedarfsgenau und würden stärker in die Breite wirken als die bloße Konzentration auf eine Steigerung der Studierquote.

Erfolgreich wird der Ausbau solcher „Königswege“ allerdings nur sein, wenn sie im Beschäftigungssystem gleichwertige Entwicklungschancen eröffnen. In dieser Hinsicht haben auch Betriebe, öffentlicher Dienst und Tarifpartner bisher ihre Schularbeiten in Sachen Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung noch nicht gemacht.

Zugleich muss qualifizierten Berufstätigen auch der Zugang zum Studium breiter geöffnet werden. Die Hochschulen sollten einschlägige berufliche Vorqualifikationen selbstverständlicher auf Studienleistungen anrechnen. Duale Studiengänge und attraktive Modelle der Kombination von Berufstätigkeit, Berufsbildung und Studium sollten breiter angeboten werden.

Bund, Länder, Hochschulen und Sozialpartner müssen dies systematischer und umfassender voranbringen.

Internationale Anschlussfähigkeit erfordert Reformen!

In der aktuellen Diskussion zur internationalen – vor allem zur europäischen - Anschlussfähigkeit des deutschen Berufsbildungssystems werden wie in einem Brennglas wesentliche Fragen und „Baustellen“ für eine Reform der Berufsbildung gebündelt. Es geht dabei im Kern um die Themen Flexibilität, Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit der Bildungsgänge.

„Anschlussfähigkeit“ meint hier zunächst, dass im deutschen Berufsbildungssystem erworbene Qualifikationen und Kompetenzen auch auf ausländischen, insbesondere auf den europäischen Arbeitsmärkten sowie in anderen (Berufs-)Bildungssystemen gut und ohne Barrieren verwertbar sind. Natürlich gilt auch das Umgekehrte: ein international ausgerichtetes (Berufs-)Bildungssystem muss strukturell in der Lage sein, im Ausland erworbene Qualifikationen und Kompetenzen im inländischen Bildungssystem verwertbar zu machen und eine „Übersetzungsleistung“ für die Verwertung dieser Qualifikationen und Kompetenzen am Arbeitsmarkt erbringen.

Nach den Beschlüssen des Europäischen Rates von Lissabon (2000) und Maastricht (2004) hat die Europäische Union einen Europäischen

Qualifikationsrahmen (EQR) und ein Europäisches Leistungspunktesystem für die berufliche Bildung (ECVET) eingeführt. EQR und ECVET sollen die europaweite Transparenz, Durchlässigkeit und Kompetenzorientierung von Qualifikationen unterstützen beziehungsweise ermöglichen – letztlich auch mit dem Ziel der wechselseitigen Anrechnung. Bundesregierung und Kultusministerkonferenz sowie der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung haben sich grundsätzlich hinter diesen Prozess gestellt. Sie sehen darin vor allem eine Chance für eine angemessene europäische Bewertung der betrieblichen beruflichen Bildung.

Der EQR und ein dazu passender Nationaler Qualifikationsrahmen (NQR) sollen abschlussneutrale kompetenzorientierte Referenzrahmen zur Einordnung und Bewertung von Lernergebnissen (Kompetenzen) sein, unabhängig davon, auf welchen formalen oder informellen Wegen diese Kompetenzen erworben wurden. Damit könnte national (NQR) und grenzübergreifend (EQR) die Anrechnung von Kompetenzen und die Durchlässigkeit bei Zugängen und Übergängen zwischen schulischen und dualen Berufsausbildungsgängen, zwischen Berufsausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung, zwischen beruflicher Aus- und Weiterbildung sowie zwischen beruflicher und allgemeiner sowie hochschulischer Bildung ermöglicht beziehungsweise verbessert werden.

Allerdings stößt dieser Ansatz in der deutschen Bildungspolitik auf tradierte Prinzipien, Kooperationsformen und -hindernisse sowie Zuständigkeitsverteilungen, die seine Umsetzung nicht sonderlich befördern.

Man kann deshalb nur hoffen, dass es der nationalen Arbeitsgruppe von Bund, Ländern, Sozialpartnern und Hochschulen zur Entwicklung eines

Deutschen Qualifikationsrahmens gelingt, der Philosophie der Qualifikationsrahmen zu entsprechen.

Qualifikationsrahmen erfordern es, das Bildungssystem als Ganzes zu sehen und seine unterschiedlichen Stränge (Schule, duale und schulische Berufsausbildung, berufliche und allgemeine Weiterbildung, Hochschule) an den Schnittstellen besser zu verknüpfen sowie inhaltlich stärker aufeinander zu beziehen. Zu den großen Schwächen des deutschen Bildungssystems gehört aber, dass es bisher keine systematisch gestalteten Schnittstellen zwischen allgemeiner Bildung und Berufsbildung gibt, dass duale und schulische Berufsausbildung nahezu unabgestimmt nebeneinander entwickelt wurden und werden, dass tragfähige Verbindungen zwischen beruflicher Bildung und Hochschulstudium nur in Ansätzen bestehen. Zwischen den Bildungsbereichen besteht bisher eher ein Konkurrenz- als ein Kooperationsverhältnis.

Das Ansinnen, schulisch getragene Ausbildung nach dem dualen Prinzip besser anrechnungsfähig zu machen oder deren Absolventen und Absolventinnen zur Kammerprüfung zuzulassen, wird von den Protagonisten der dualen Berufsausbildung eher als Angriff auf bewährte Strukturen, denn als Chance gesehen, beide Systeme besser miteinander zu verknüpfen.

Ähnliches gilt für das Verhältnis von Berufsbildung und Hochschulen. Mit dem rasch voranschreitenden Bologna-Prozess etablieren die deutschen Hochschulen international kompatible Strukturen (Bachelor- und Masterstudiengänge). Sie sind mit der Einführung eines europäisch orientierten Leistungspunktesystems (ECTS) bei der grenzüberschreitenden Anrechnung von Studienleistungen in den letzten Jahren weit vorangeschritten. Aber auch hier werden gestufte Studienstruktur und Leistungspunkte nicht als Chance gesehen, breitere

Verbindungswege zwischen anspruchsvoller Berufsbildung und Studium zu bauen oder gar Gleichwertigkeiten anzuerkennen. Beide Seiten nehmen sich vielmehr als Konkurrenten wahr und sind bisher nur bedingt kooperationsbereit.

Schließlich kollidieren Qualifikationsrahmen und Leistungspunktesysteme scheinbar mit dem Berufsprinzip. Eine Berufsausbildung soll umfassende fachliche, methodische, soziale und personale berufliche Handlungsfähigkeit in breit angelegten national einheitlichen Berufen vermitteln. Qualifikationsrahmen erfordern aber die Definition, die Bewertung und gegebenenfalls auch die Anrechnung von Kompetenzen und Qualifikationen, die Teile einer solchen Berufsausbildung oder einer breiter angelegten beruflichen Weiterbildung sind. In nach Niveaustufen gegliederten Qualifikationsrahmen würden zudem die anerkannten Ausbildungsberufe – je nach Anforderungsniveau – unterschiedlichen Kompetenzstufen zugeordnet. Die Differenziertheit der Abschlüsse im dualen System der Berufsausbildung würde sehr viel deutlicher wahrgenommen.

Vor diesem Hintergrund gestaltet sich die deutsche Debatte zu den Konsequenzen eines europäisch kompatiblen Qualifikationsrahmens eher schwierig.

Notwendig ist eine kritisch-konstruktive Bereitschaft zu mehr Flexibilität der Wege, zum Beispiel durch Ausbildungsstufen und Ausbildungsbausteine und modularisierte Weiterbildungsangebote. So könnten Lernorte und Bildungsgänge in allen Bildungsphasen und auf allen Ebenen des Bildungssystems flexibler und leichter miteinander verknüpft werden.

Solche Entwicklungen können sich im deutschen Berufsbildungssystem an einem überschaubaren System von breit angelegten, anerkannten

Aus- und Fortbildungsberufen orientieren und auf die entsprechenden Abschlüsse ausgerichtet werden. Dies ist international gesehen ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil. Weder die Konstruktion von Qualifikationsrahmen zur Beschreibung von national und international besser verwertbaren und anrechnungsfähigen Kompetenzen, noch die mögliche Einführung von Ausbildungsbausteinen müssen oder sollten diese Ausrichtung auf breit angelegte Aus- und Fortbildungsberufe in Frage stellen.

Zukunftsfähige Berufsbildung muss breit angelegt bleiben!

Die Fachkräftetätigkeiten werden insgesamt eher anspruchsvoller. Die Wertigkeit der deutschen Berufsbildung im internationalen und europäischen Vergleich darf nicht gefährdet werden. Die in letzter Zeit – wohl auch aus tarifpolitischen Gründen – wieder stärker als Lösung für die Ausbildungsplatzprobleme propagierte breite Einführung weniger anspruchsvoller und kürzerer Berufsausbildungen ist aus dieser Sicht falsch.

Die strategische Antwort auf den steigenden Bedarf an höheren Qualifikationen kann – auch im wohlverstandenen Interesse der Betriebe – nicht das breitflächige Absenken der Anforderungen in anerkannten Ausbildungsberufen sein. Dies taugt deshalb auch nicht zur Lösung der Probleme von jungen Leute, die einen vollständigen Ausbildungsabschluss nicht in einem Schritt erreichen können. Hier sind zum Beispiel bundesweit einheitliche, zertifizierungsfähige und anrechenbare Ausbildungsbausteine, mit denen Schritt für Schritt eine umfassendere berufliche Handlungskompetenz erreicht wird, meines Erachtens die angemessenere Lösung.

Fazit:

Gute Berufsbildung, insbesondere das duale System der Berufsausbildung, bleibt auch und gerade in der Wissensgesellschaft ein notwendiger, eher noch wichtiger werdender Bestandteil des Bildungswesens.

Die Ausbildung im dualen System ist praxis- und handlungsorientiert. Die Anforderungen in den Berufen und Betrieben sind differenziert. Die Palette der Ausbildungsberufe reicht von einfachen Dienstleistungen bis zur Hochtechnologie. Deshalb gelingt es im dualen System nach wie vor gut, sowohl Menschen mit sozialen und leistungsmäßigen Defiziten zu fördern und erfolgreich in die Arbeitswelt zu integrieren, als auch Menschen mit besonderer Leistungsfähigkeit auf höchstem Niveau zu qualifizieren.

Kein anderer Bildungsbereich kann dies in der gleichen Breite leisten.